

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

Titel: Sicherheit für alle

Antragstext

1 Es ist Montagnachmittag am 8. August 2022. Ein minderjähriger Jugendlicher sitzt
2 mit Suizidabsichten im Innenhof seiner Wohngruppe. Nachdem Betreuer*innen ihn
3 nicht beruhigen konnten, handelten sie nach ihren Anweisungen: Sie rufen die
4 Polizei. Die Dortmunder Beamt*innen kommen zu zwölf, ihre primären Werkzeuge
5 sind Pfefferspray und Taser, auch die Schusswaffe kommt zum Einsatz, obwohl der
6 Jugendliche in erster Linie nur sich selbst gefährdet hat. Nach drei Minuten ist
7 alles vorbei, und ein Jugendlicher wurde von der Polizei erschossen. Die
8 Ermittlungsarbeiten ergeben, dass wahrscheinlich absolut unverhältnismäßig
9 gehandelt wurde.

10 Klar ist, dass das kein Einzelfall war. Immer wieder sehen wir, dass gerade
11 migrantisierte Menschen und Personen in psychischen Ausnahmesituationen von der
12 Polizei oft keine Hilfe erwarten können. Die Frage nach dem "Warum?" solcher
13 Taten lässt sich zurückführen auf zwei wesentliche Erkenntnisse, denen dringend
14 politisch organisatorische Maßnahmen folgen müssen:

15 Wir müssen zum einen erkennen, dass Polizeibeamt*innen bei psychischen
16 Ausnahmesituationen und Notlagen nicht die richtigen Ansprechpartner*innen sein
17 können. Außerdem müssen wir feststellen, dass die Polizei in NRW ein Problem mit
18 Rassismus und extrem rechten Tendenzen in den eigenen Reihen hat.

19 Die Landesregierung und das CDU-Innenministerium sind gefordert, die notwendigen
20 Schritte zur Bekämpfung längst bekannter und bedrohlicher Fehlentwicklungen in
21 ihrer Behörde jetzt zu gehen, damit sich der Fall Dortmund, genauso wie die
22 Fälle Recklinghausen, Frankfurt, Köln und viele mehr, nicht wiederholen!

23 **Aufklärung statt Aufrüstung**

24 Über Jahre hinweg wurde die Polizei aufgerüstet. Seit Mitte 2018 gehören zwei
25 Maschinenpistolen mit zur Grundausrüstung eines Funkstreifenwagens. Der Gebrauch
26 von Tasern wurde sukzessive erweitert, die Auswertung der Testphase findet erst
27 2024 statt. Befürworter argumentieren, es reiche die Drohung, jene Waffen
28 einzusetzen, um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Das Gegenteil beweist sich
29 allzu häufig, wodurch das "mildere Mittel" nur zu einer weiteren Eskalation
30 führt.

31 Außerdem ist die Gefahr der Todesfolge bei einer Taser-Nutzung hoch, z.B. bei
32 Menschen mit Herzerkrankungen, anderen Vorerkrankungen oder in psychischen
33 Ausnahmesituationen. Daher fordern wir:

- 34 • Gezielte Abrüstungspolitik: Pfefferspray, Taser, Maschinenpistolen u.a. lösen
35 keine Probleme, sie schaffen welche!
- 36 • Sofortiges Ende des Pilotprojekts zum Tasereinsatz,
- 37 • Die Arbeit in multiprofessionellen Teams: Sozialarbeiter*innen,
38 Psycholog*innen u.a. können in vielen Situationen weitaus besser interagieren
39 und zur Deeskalation beitragen!
- 40 • Eine regelmäßige Evaluation der Einsatzmittel: Ohne Datengrundlage keine
41 Aussage über die Wirksamkeit eingesetzter Mittel. Klar ist auch, dass diese
42 Evaluationen in der Folge auch Konsequenzen haben müssen.

43 **Wer kontrolliert hier wen? Unabhängige Kontrolle ausbauen!**

44 Polizeigewalt kennt viele Facetten und wird ganz wesentlich durch fehlende
45 unabhängige Kontrollmechanismen begünstigt. Aufgrund nicht bzw. kaum existenter
46 Beschwerdestellen müssen Opfer häufig mit den entstandenen Schmerzen und
47 Traumata weiterleben, ohne dass die erlebten Handlungen folgen haben.
48 Polizeigewalt, die insbesondere migrantisierte Menschen trifft, darf nicht
49 weiter folgenlos bleiben. Zur wirksamen Bekämpfung fordern wir daher:

- 50 • Die konsequente Verfolgung von Polizeigewalt und rechten Netzwerken: Die
51 Entstehung und Verbreitung menschenverachtenden Gedankenguts darf nicht länger
52 mit der Einzelfall-Ausrede hingenommen werden.
- 53 • Eine unabhängige Ermittlungsstelle zur Verfolgung jedweden Fehlverhaltens: Nur

54 mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen einer unabhängigen Stelle kann Hinweisen
55 unbefangen nachgegangen werden. Hier muss sich auch der Bund bewegen und die
56 Strafprozessordnung entsprechend anpassen. Der Druck dazu muss auch von der
57 Landesregierung in NRW kommen!

58 • Bis zur Anpassung der Bundesgesetzgebung müssen Staatsanwaltschaft und
59 Polizeipräsidium mit größtmöglicher räumlicher und personeller Distanz zur
60 betreffenden Polizeidienststelle Ermittlungen führen. Dabei muss der Grundsatz
61 der zufallsbedingten Verteilung ohne Ausnahme gelten!

62 • Gleichzeitige Stärkung der parlamentarischen Kontrollen und Unterstützung bei
63 der Schaffung kommunaler Antidiskriminierungsstellen

64 • Kritische Polizeiforschung und Datenanalyse: Nur mit systematischer
65 wissenschaftlicher Grundlage können Instrumente gegen Rassismus und rechte
66 Netzwerke innerhalb der Polizei sinnvoll eingesetzt werden. Dazu gehören vor
67 allem Studien zu Rassismus und anderen Diskriminierungsformen mit
68 intersektionalen Ansatz.

69 **Wenn die Polizei kommt, ist es schon zu spät**

70 Je mehr sich der politische Fokus dahingehend verschiebt, die Polizei als
71 alleinige Problemlöserin zu sehen, desto weniger werden etwaige Gründe für
72 vermeintliches Fehlverhalten in den Blick genommen. Zu häufig werden Menschen
73 kriminalisiert, die unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Realitäten leiden und
74 denen gezielte sozialpolitische Maßnahmen weitaus besser helfen würden, als eine
75 entgegengestreckte Waffe. Eine wirksame Bekämpfung von Armut muss daher für uns
76 immer oberste Priorität haben. Denn viele Straftaten werden nur begangen, weil
77 sich Menschen den Lebensunterhalt anders nicht leisten können. Dieses Problem
78 müssen wir systemisch angehen. Wir fordern:

79 • Armut darf nicht länger kriminalisiert werden: Straffreiheit für Fahren ohne
80 Ticket und vergleichbare Bagatelldelikte

81 • Mehr Geld für Stadtteilarbeit: Streetworker*innen können mit ihrer Arbeit vor
82 Ort weitaus mehr erreichen als ein Streifenwagen, der durch die Straße fährt.

83 • Umwidmung von Polizeigeldern für die gezielte Anstellung von
84 Sozialarbeiter*innen und Förderung kommunaler Antidiskriminierungsprojekte

85 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich niemand aufgrund des eigenen

86 Namens oder des Aussehens fürchten muss. Außerdem haben alle Menschen die Hilfe
87 verdient, die sie benötigen. Die Polizei zeigt zu häufig, dass sie nicht „Freund
88 und Helfer“ ist, sondern mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung und
89 Machtverhältnisse betraut ist.

90 Als GRÜNE JUGEND NRW benennen wir den dringenden Handlungsbedarf klar. Wir
91 kämpfen gegen rassistische Strukturen und für bessere Lebensverhältnisse, die
92 alle Menschen mitdenken. Mit nichts weniger werden wir uns zufriedengeben!

Begründung

erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

Titel: Lützerath bleibt - wir kämpfen für 1,5 Grad!

Antragstext

1 In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 04.10.22 haben Bundeswirtschaftsminister
2 Robert Habeck, NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und der
3 Vorstandsvorsitzende von RWE, Markus Krebber angekündigt, den Kohleausstieg für
4 die Braunkohle im Westen auf 2030 vorzuziehen. Daneben sah die Vereinbarung aber
5 unter anderem auch vor, das Dorf Lützerath am Tagebau Garzweiler II räumen zu
6 lassen und die Kohle unter dem Dorf zu verfeuern.

7 Letzteres ist insbesondere notwendig aufgrund einer ebenfalls vereinbarten
8 Verlängerung des Betriebs mehrerer Kraftwerksblöcke, welche schon abgeschaltet
9 waren oder Ende des Jahres abgeschaltet werden sollten.

10 Es ist gut, dass wir dem Kohleausstieg 2030 einen Schritt näher gekommen sind.
11 Dabei gilt die Vereinbarung, die jetzt getroffen wurde, nur für Westdeutschland.
12 Dieser wurde lange von der Klimabewegung erkämpft und ist eine wichtige
13 Voraussetzung, um unsere Klimaziele einhalten zu können. **Wir kämpfen weiter**
14 **dafür, dass ein frühest möglicher, rechtsverbindlicher Kohleausstieg bis**
15 **spätestens 2030 in ganz Deutschland gilt.**

16 Trotzdem ist die Vereinbarung klimapolitisch fatal, energiewirtschaftlich
17 fragwürdig und zerstört den sozialen Frieden in der Region. Dies wird besonders
18 deutlich darin, dass Lützerath abgebaggert werden soll. Das Dorf ist in den
19 letzten Jahren zu einem Begegnungsort für viele geworden, an dem mittlerweile
20 auch wieder Menschen leben.

21 Aufgrund der Verlängerung der Neurather Kraftwerksblöcke werden kurzfristig
22 größere Kohlemengen als bisher geplant verbrannt. Bis 2030 sollen so insgesamt
23 noch 290 Millionen Tonnen Kohle in NRW abgebaggert werden, was umgerechnet rund
24 290 Millionen Tonnen CO₂ entspricht. Dadurch würden wir das für den Kohlektor
25 errechnete CO₂-Budget zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze um ein Vielfaches
26 übersteigen und über die hohe Gesamtfördermenge unsere Klimaziele gemäß des
27 Pariser Abkommens verfehlen. Inmitten der weltweit wütenden Klimakrise weiterhin
28 auf Stromerzeugung durch Braunkohle zu setzen ist klima- und energiepolitisch
29 falsch.

30 Warum die Gutachten die klimapolitischen Folgen der Vereinbarung nicht
31 berücksichtigen, ausschließlich ein von RWE entwickeltes Szenario der
32 Halbinsellage von Lützerath betrachtet und maßgeblich Zahlen von RWE verwendet
33 haben, erschließt sich uns nicht.

34 Zur Entschärfung der Energiekrise braucht es statt einer mittelfristigen
35 Verlängerung der Kohlekraft einen ambitionierten, kurzfristigen Ausbau der
36 Erneuerbaren. Außerdem braucht es die Hebung weiterer Einsparpotentiale bei den
37 Reichsten und in der Industrie, das darf nicht auf Kosten der Arbeiter*innen
38 geschehen. Jede Tonne CO₂, welche in der Energiekrise zusätzlich ausgestoßen
39 wird, muss durch noch ambitionierteren Klimaschutz in den nächsten Jahren wieder
40 eingespart werden. Damit ist für uns klar: **Wenn wir die 1,5 Grad Grenze**
41 **einhalten wollen, muss die Kohle unter der Erde und Lützerath erhalten bleiben.**

42 Als GRÜNE JUGEND NRW stehen wir an der Seite der vielfältigen Bewegung für den
43 Erhalt von Lützerath. Wie bereits in der Vergangenheit, werden wir uns auch
44 diesen Herbst und Winter den Protesten der Klimabewegung anschließen und für das
45 Klima und die Menschen vor Ort streiten.

Begründung

erfolgt mündlich

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

Titel: Kitas in der Krise

Antragstext

1 In Kindertagesstätten wird der Grundstein für Bildung gelegt. Mehrbelastung in
2 den Arbeitsabläufen durch die Corona-Pandemie, ständige Unterfinanzierung, zu
3 wenig Engagement für nachhaltige Entwicklung und Sicherung stellen die
4 Herausforderungen dar, mit denen sich Erziehende tagtäglich abfinden müssen. Wir
5 haben eine ganzheitliche Bildungskrise, die sich von Anfang an bemerkbar macht.
6 Beginnend beim Personalnotstand in Kindertagesstätten, weiter zu veralteten
7 Gebäuden bis hin zum Essen in der Kita - es braucht eine moderne,
8 queerfeministische und vielfältig repräsentative Sicht auf das Thema
9 "frühkindliche Bildung". Es zahlt sich nachhaltig aus, mehr in die Jüngsten
10 unserer Gesellschaft zu investieren.

11 Aktuell sieht das leider anders aus. Es herrscht extremer Personalmangel, egal
12 wohin man schaut. Bestehende Personalien sind überlastet und können ihren
13 eigentlichen Aufgaben kaum mehr gerecht werden. Damit reihen sich Berufe in der
14 Kindertagesstätte in die Reihe der Care-Berufe ein, die zu wenig Geld und
15 Personal haben. Der Fehler liegt hier ganz klar im System. Unsere
16 Kindertagesstätten sind selten modern ausgestattet. Der Abbau von Barrieren ist
17 für viele Kitas ein nicht zu erreichendes Ziel, da es an staatlicher
18 Unterstützung fehlt. Statt allen Erziehungsberufen endlich den Stellenwert in
19 unserer Gesellschaft zu geben, den sie verdienen, wird weiterhin einfach nur
20 zugesehen und möglichst wenig für eine grundlegende Verbesserung getan. Das
21 Personal in diesen Bildungseinrichtungen ist unterbezahlt, was durch die
22 aktuelle Inflation und Energiekrise noch deutlicher zu Tage tritt. Der Fokus von
23 Kitas soll auf der Bildung und Erziehung liegen, genauso aber darauf, die
24 Bedürfnisse der Kinder in den Vordergrund zu stellen und einen Beitrag zu einer

25 erfüllten Kindheit zu leisten!

26 Kitas unterstützen & Kindertagespflege stärken!

27 Erzieher*innen & Tagespflegepersonen leisten einen der wichtigsten Beiträge für
28 unsere Gesellschaft. Deshalb verdienen sie unserer Meinung nach mehr
29 Anerkennung. Dies spiegelt sich nicht nur in der sozialen Stellung des
30 Berufsstandes wider, sondern auch im Gehalt. Ebenso braucht es mehr
31 qualifiziertes Personal. Damit jedes Kind einen Kitaplatz in der Nähe bekommt,
32 fordern wir als Grüne Jugend NRW einen massiven Ausbau von Kitas. Das Ziel soll
33 sein, dass mindestens eine Kita im Umkreis von 30 Minuten vom Wohnort auch mit
34 öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann. Des Weiteren müssen wir die
35 Art und Weise der Ausbildung von Erzieher*innen überdenken. Um das Versprechen
36 einer Bildung und Teilhabe für alle, dürfen wir die Barrierearmut von Kitas
37 nicht aus dem Blick verlieren und zu den baulichen Maßnahmen auch speziell
38 geschultes Personal zur Grundausstattung jeder Kita machen. Während die Arbeit
39 von Tagespflegepersonen schon heute oft fehlende Kita-Plätze kompensiert und die
40 Einrichtung von Großpflegestellen in den Kommunen bereits zur gelebten Praxis
41 wird, hinkt das Land bei der Finanzierung hinterher. Die Landeszuschüsse müssen
42 in einem Maße steigen, in dem die Kosten eines Platzes in der Kindertagespflege
43 sich für die Kommunen nicht weiter signifikant von denen für einen Kita-Platz
44 unterscheidet. Daher fordern wir:

45 • **Anpassung der (Einstiegs-)Gehälter** nach den Forderungen von Ver.di
46 (Tarifrunde 2022).

47 • Eine **bessere Bezahlung und Entlastung von Auszubildenden**.

48 • Eine **Fachkräfteoffensive**, die ihren Namen verdient hat. Damit einhergehen
49 soll eine deutliche Steigerung der Ausbildungsplätze.

50 • **Mehr männlich gelesenes und INTA* Personal** - Erziehung ist eine
51 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

52 • Ein **Recht auf Weiterbildung**, damit moderne und qualitativ hochwertige
53 Bildung dauerhaft gewährleistet ist.

- 54 • **Einfachere Anerkennung** von Qualifikationen und Berufserfahrung.
- 55 • Eine **Ausbauoffensive und zusätzlich geschultes Personal**, welches auch die
- 56 **Barrierefreiheit** von Kitas mit einbezieht.

57 Kitas zu besseren Orten für alle machen!

58 Neben den Personalfragen und baulichen Maßnahmen wollen wir das Leben und Lernen
59 in unseren Kitas verbessern. In Zeiten, in denen jede erziehende Person arbeiten
60 muss, um ein ausreichendes Auskommen zu haben, führt dies zu Schwierigkeiten,
61 die Arbeitszeiten mit den Betreuungszeiten von Kitas in Einklang zu bringen.
62 Diese sind häufig sehr starr an das klassische Familienbild angepasst und nicht
63 mehr zeitgemäß. Kitagebühren und Essensgelder lassen die Kita und damit
64 frühkindliche Bildung zu einer zusätzlichen Mehrbelastung werden. Dies hat
65 nichts mit echter sozialer Gerechtigkeit zu tun! Bewegungsangebote, wie
66 Wassergewöhnung und Schwimmtraining, sowie Sprachförderungen sollten für die
67 Kinder ausgeweitet werden, um gerade nach der Corona-Pandemie Räume für die
68 grundmotorische und sprachliche Entwicklung zu schaffen. Kooperationen mit
69 umliegenden Sportvereinen sind hier eine Möglichkeit, dies umzusetzen. Die
70 strikte Kopplung von Alter und Einschulung ist zur Zeit gängige Praxis, jedoch
71 ist die Entwicklung von Kindern höchst individuell. So kann es vorkommen, dass
72 Kinder zu früh oder zu spät in die Schule kommen und sich somit nicht ihren
73 Möglichkeiten nach entwickeln können. Außerdem müssen bereits in der
74 frühkindlichen Arbeit die Grundlagen demokratischer Bildung vermittelt und
75 altersgerechte eingeübt werden. Sowohl in den Kitas als auch über Jugendämter
76 auf kommunaler Ebene gilt es Kinder stärker an Entscheidungen zu beteiligen und
77 ihnen demokratische Prozesse kunstgerecht nahezubringen.

78
79
80
81

82 Daher fordern wir:

- 83 • **Kostenfreie Kindertagesstätte** für alle - Kinderbetreuung ist
- 84 **Grundversorgung!**
- 85 • **Konsequenter Ausbau der Ganztagsbetreuung**

- 86 • **Regionales, kostenloses Essen** in allen Kitas.

- 87 • **Mehr Entscheidungsfreiheit** über den Zeitpunkt der Einschulung.

- 88 • **Kostenlose Bewegungsangebote**, wie zum Beispiel Wassergewöhnung und
89 Schwimmtraining.

- 90 • **Sprachförderung** für nicht deutschsprachige Muttersprachler*innen, sowie
91 Förderung der Muttersprache.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

Titel: Anti-Diskriminierung und Arbeitsbedingungen in der Awareness-Arbeit

Antragstext

1 Awarenessarbeit in der GRÜNEN JUGEND NRW Mit dem auf der letzten
2 Landesmitgliederversammlung beschlossenen Antrag zur Einführung eines
3 Awarenesspools haben wir als GRÜNE JUGEND NRW endlich eine feste Struktur für
4 die Awarenessarbeit beschlossen! Seitdem ist viel passiert: Nach einer breit
5 gestreuten, transparenten Ausschreibung hat sich ein großer, vielfältiger
6 Awareness-Pool bereits zusammengefunden und ist das erste Mal auf dieser
7 Landesmitgliederversammlung im Einsatz. Als immer weiter wachsender Verband, mit
8 immer mehr jungen aktiven Mitgliedern stehen wir vor großen Herausforderungen.
9 Denn in einem Jugendverband, wo wir gemeinsam für ein besseres Morgen kämpfen,
10 kommt es zu Streit, es gibt Probleme und es erleben Menschen Diskriminierung.
11 Das liegt schlichtweg daran, dass wir in keiner perfekten Utopie leben. Und
12 genau hier wollen wir ansetzen, denn wir sind dafür verantwortlich, dass alle
13 eine gute Zeit haben und sich wohlfühlen. Menschen, die Awarenessarbeit leisten,
14 können mit einem Rückzugsraum, einem Tee und einem Gespräch eine gute erste
15 Anlaufstelle bei akuten Problemen sein. Damit Awareness-Personen sich befähigt
16 fühlen, sinnvolle Awarenessarbeit zu leisten und dabei ihre eigenen Grenzen
17 nicht überschreiten, ist für dieses Verbandsjahr ein Workshop geplant. Denn als
18 Verband sind wir in der Pflicht, auf der einen Seite eine gute Anlaufstelle für
19 akute Probleme bereitzustellen, aber eben genauso die jeweiligen Grenzen der
20 Menschen zu achten, die diese Anlaufstelle sind. Dafür sind die folgenden Punkte
21 in der Schulung zentral:

- Awareness-Personen sind keine ausgebildeten Seelsorger*innen oder

23 Psycholog*innen und sind deshalb vor triggernden und überfordernden Erfahrungen
24 soweit es möglich ist zu schützen

- 25 • Für psychologische Probleme und Probleme, die über die Veranstaltung
26 hinausgehen, sind Awareness-Personen nicht zuständig. Dafür gibt es
27 professionelle Anlaufstellen, wie Notdienste, Psycholog*innen oder die
28 Ombudspersonen der GRÜNEN NRW

- 29 • Awareness-Personen werden die Themenbereiche der Awarenessarbeit
30 vermittelt, dazu gehören zum Beispiel Jugendschutz und verschiedene Formen
31 der Diskriminierung

- 32 • Awareness-Personen werden darin ausgebildet, Grenzen zu ziehen und
33 lernen, diese aktiv zu kommunizieren. Desweiteren lernen sie Privilegien
34 zu erkennen und zu hinterfragen

- 35 • Für jede Person im Awareness-Pool sehen Grenzen anders aus und werden
36 individuell ausgelotet. Das kann auch bedeuten, Themen auszuschließen.

- 37 • Die Menschen, die auf die Awareness-Personen zugehen, werden
38 bestmöglich in ihrem Interesse unterstützt. Die jeweiligen,
39 verschiedenen Betroffenheiten sowie die erlebte Grenzüberschreitung oder
40 Diskriminierung werden von den Awareness-Personen anerkannt.

- 41 • Die Einsatzzeiten werden vorher gemeinsam festgelegt. Dafür wird mit einem
42 Schichtsystem gearbeitet, welches auf die individuellen Wünsche der
43 Menschen eingeht und ihre zeitlichen Grenzen berücksichtigt. Denn
44 Awareness-Personen sind ehrenamtlich für den Verband im Einsatz und sollen
45 genau wie alle anderen auch an der Versammlung und am Rahmenprogramm
46 teilnehmen können.

- 47 • Es ist völlig normal, dass Awareness-Personen nicht bei jeder
48 Veranstaltung im Einsatz sind, wie oft jede*r als Awareness-Person
49 eingesetzt werden möchte, wird individuell abgemacht. Denn auch an einer
50 gesamten Versammlung ohne Awareness-Verantwortung teilnehmen zu können,
51 ist wichtig.

- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- Die GRÜNE JUGEND NRW ist ein Ort, an dem wir gemeinsam Politik machen, linke Visionen Wirklichkeit werden und wir als junge Menschen eine gute Zeit miteinander haben. Dafür ist Awareness-Arbeit ein zentraler Baustein. Deswegen ist eine umfassende Schulung für alle Menschen im Awareness-Pool unerlässlich und bringt uns als gesamten Verband einen großen Mehrwert. Denn es liegt an uns, dass alle Menschen sich in der GRÜNEN JUGEND NRW wohlfühlen.

Begründung

Awareness ist politisch!

Und Awareness muss sich bemühen, möglichst diskriminierungsarme Räume zu schaffen.

Denn heute sind auch sogenannte "Safer Spaces" oft genau das Gegenteil.

Eine Regelung zu den **Arbeitszeiten** könnte so aussehen:

Awareness Personen sollen höchstens 6 Stunden innerhalb von 24 Stunden im Dienst sein, und das nicht durchgängig. Während einer 2 1/2 tägigen Landesmitgliederversammlung dürfen es höchstens 12 Stunden sein.

Bezüglich der Arbeitszeiten gehen wir selbstverständlich davon aus, dass Vorlieben (z.B. ob lieber am Tag oder in der Nacht gearbeitet wird) berücksichtigt werden.

Und: Ja, auch Rufbereitschaft in der Nacht ist Arbeit. Viele schlafen schlechter. Selbst die, die gut schlafen, werden von Anrufen oder Nachrichten geweckt.

Erklärungen

LGBTQIANP+ Feindlichkeit = Feindlichkeit gegenüber lesbischen, schwulen, bi*, trans*, Two-Spirit, queeren, questioning, inter*, asexuellen, aromantischen, agender, nicht-binären, pan*, poly* und weiteren Personen

Klassismus = Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, sozialen Klasse, Bildungsherkunft oder des Bildungsniveau

Ableismus = Diskriminierung wegen einer Behinderung, chronischen / psychischen Erkrankung und oder Neurodivergenz

Neurodivergent = beschreibt Personen, deren Denken und Fühlen von der gesellschaftlichen "Norm" (=neurotypisch) abweicht. Neurodivergenz ist ein Spektrum, das sehr unterschiedlich definiert wird. Autistische Menschen, Personen mit AD(H)S, Lese-Rechtschreib- oder Rechen-Schwäche fallen fast immer darunter. Je nach Definition auch hochbegabte, hochsensible Personen, Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen, Personen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit Synästhesie in das Spektrum. Das heißt: Nicht alle neurodivergenten Personen sind auch behindert (siehe hochbegabte Menschen, aber auch viele Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche....).

Intersektional = Verschränkung von Diskriminierung mitdenken - Mehrfach diskriminierte Personen erleben neben den einzelnen Diskriminierungsformen auch die Verschränkung der Diskriminierungsformen

Parteilichkeit = es gibt keine Neutralität - alle Menschen sind parteiisch und nicht objektiv.

Definitionsmacht = die Macht, zu definieren, dass etwas passiert ist bzw. was passiert ist

Safer Spaces = diskriminierungsärmere Räume. Oft Räume, in denen nur Angehörige einer diskriminierten Gruppe sind.